

# In den Sand gesetzt

Viele große Beschaffungsprojekte der Bundeswehr scheitern – mit großem finanziellen Verlust für die Allgemeinheit. Woran liegt das?



Markus Söder (CSU) gibt sich »kriegstüchtig«: Im Jahr 2030 will die Bundesregierung 180 Milliarden Euro für Rüstung und Militär ausgeben.

HERBERT WULF

**A**m 24. Juni 2026 stornierte das Verteidigungsministerium den Bau von sechs Fregatten des Typs F126. Die bisher entstandenen Kosten von 2,3 Milliarden Euro müssen komplett abgeschrieben werden. Möglicherweise kommen weitere Ansprüche der Bauwerft hinzu. Die Finanzmittel wurden im wahrsten Sinne des Wortes versenkt. Der Grund laut Verteidigungsministerium: »erhebliche zeitliche Verzögerungen, enorme Kostensteigerungen sowie nicht zu kalkulierende Risiken«. Im 19. Rüstungsbericht des Verteidigungsministeriums aus 2024 hieß es noch: »Die für den Projektverlauf wesentlichen Meilensteine Baubeginn und Kiellegung wurden planmäßig erreicht.« Zwei weitere Fregatten, zusätzlich zu den vorgesehenen vier des ersten Loses, bestellte die Bundesmarine noch im selben Jahr. Jetzt das Aus. Zweifelloser ist es sinnvoller, dem Schrecken ein Ende zu bereiten, als dieses zum Scheitern verurteilte Projekt fortzuführen.

Das misslungene Fregattenprojekt ist allerdings nicht das einzige problembehaftete Beschaffungsprojekt der Bundeswehr. Wenige Tage vor dem Ende des F126-Projektes gab es das Aus für das gemeinsame Kampfjet-Projekt »Future Combat Air System« (FCAS) zwischen Frankreich, Deutschland und Spanien. Auch diese Luftnummer hat bereits Milliarden gekostet. Dabei geht es nicht nur um einen neuen Kampfflieger. Es sollte so viel mehr sein, so die vollmundigen Vorankündigungen: »Innerhalb des FCAS wird das »Next Generation Weapon System« (NGWS) die Kernfähigkeit in zukünftigen Operationen abbilden. Dabei ist das NGWS ein eigenes »System of Systems.« Das Kernstück der Luftwaffe für die nächsten Jahrzehnte, das die deutsche und europäische Luftfahrtindustrie international wettbewerbsfähig machen sollte, ist damit Makulatur.

Was wird jetzt aus dem »Main Ground Combat System« (MGCS)? Es ist ein Kampfpanzerprojekt deutsch-französischer Kooperation, das »unter Verwendung von Spitzentechnologien bis weit in die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts in anspruchsvollen Einsatzszenarien« eingesetzt wer-

den soll. Wird auch dieses Großprojekt in den Sand gesetzt? Die beteiligten Rüstungsfirmen sind KNDS (ein deutsch-französisches Unternehmen, hervorgegangen aus dem deutschen Panzerbauer Krauss-Maffei Wegman und Nexter aus Frankreich) sowie Rheinmetall und Thales.

KNDS und Rheinmetall sind auch die verantwortlichen Unternehmen für den Bau des Schützenpanzers Puma, ein seit Jahrzehnten mit technischen Problemen, Verzögerungen und hohen Kostenüberschreitungen behaftetes Projekt. Kann man solchen Firmen trauen, Spitzentechnologie fristgerecht zu liefern?

All diese Pleiten, Pech und Pannen sind in der Rüstungsbeschaffung nicht neu. Man lese die Berichte aus den 1970er Jahren über die Probleme mit dem MRCA-Tornado oder bis heute über das militärische Transportflugzeug A400M, dessen Auslieferung sich immer und immer wieder verzögerte und dessen Kosten mehrfach nach oben korrigiert wurden, während hingegen die Leistungsfähigkeit des Flugzeugs herabgestuft werden musste.

Es ist keineswegs so, dass diese Probleme im Verteidigungsministerium nicht schon länger bekannt wären. Im Gegenteil: Helmut Schmidt und später Hans Apel holten sich schon in den 1970er Jahren Wirtschaftsexperten ins Ministerium, um die Beschaffung effizienter zu gestalten. 2000 legte die von Rudolf Scharping eingesetzte »Weizsäcker-Kommission« einen umfänglichen Bericht vor, 2010 tat die von Thomas de Maizière berufene »Weise-Kommission« es ihr nach. Auch Ursula von der Leyen wollte alles besser machen. Und zu Beginn der »Zeitenwende« sah sich nun Verteidigungsminister Pistorius gezwungen, das Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz vorzulegen.

## Die Industrie möchte es teuer

Die Gründe für das Scheitern derartiger prestigeträchtiger und teurer Projekte sind vielfältig. Hervorzuheben sind aber vor allem die handelnden Akteure. Da sind zunächst einmal die Streitkräfte und Beschaffungsbehörden. Es gibt im Rüstungsbereich schon immer die Tendenz, die technologisch ausgefeiltesten Lösungen zu suchen. Die Waffensysteme sollen immer »kompetenter« werden.

Ob es Sinn macht, vor allem auf diese Großprojekte zu setzen, darf nach den Erfahrungen der Ukraine bezweifelt werden. Die Ukraine machte aus der Not knapper finanzieller und personeller Ressourcen eine Tugend und setzt auf eine preiswerte Drohnenabwehr, durch die gängige Militärplanungen grundsätzlich infrage gestellt werden. Mit preiswert zu beschaffenden Drohnen lassen sich milliardenteure Großwaffensysteme nämlich relativ effizient bekämpfen. Trotzdem werden in Deutschland auch weiterhin in verstärktem Umfang Großwaffensysteme bestellt, vor allem weil jetzt auch scheinbar unbegrenzte Finanzmittel zur Verfügung stehen.

## Die bisher entstandenen Kosten von 2,3 Milliarden Euro müssen komplett abgeschrieben werden. Möglicherweise kommen weitere Ansprüche der Bauwerft hinzu.

Ein zweiter wichtiger Player ist die Rüstungsindustrie, die mit Begeisterung die technologisch anspruchsvollen Forderungen aufnimmt, weil dies die Kosten weiter steigen lässt. Je komplexer das Waffensystem, umso mehr steigen die Umsätze. Das Aus des Kampfflugzeugprojektes FCAS und die Schwierigkeiten und massiven Verzögerungen beim Kampfpanzerprojekt MGCS sind auf industrielle Machtkämpfe zwischen den beteiligten Rüstungskonzernen zurückzuführen. Selbstbewusst fordern die jeweiligen Unternehmen die Projektführerschaft. Dabei werden sie von nationalen politischen Akteuren tatkräftig unterstützt, von Bundestagsabgeordneten,

in deren Wahlkreis Rüstungsunternehmen angesiedelt sind, und Betriebsräten, die Arbeitsplätze sichern wollen, bis zu Regierungen, die um Technologieführerschaft bemüht sind.

Europäisch koordinierte größere Produktionsserien und damit mögliche kostengünstigere Beschaffung werden allenfalls gefordert. Doch die nationalen Egoismen verhindern genau dies. Das als »Juste-retour« bekannte Prinzip bedeutet, dass ein Land gemäß seinem finanziellen Aufkommen am Projekt beteiligt ist. Damit wird verhindert, dass immer der technologisch kompetenteste und wirtschaftlich attraktivste Anbieter den Zuschlag erhält.

Europäische Lösungen bergen jedoch weitere Probleme. Es hat sich gezeigt, dass internationale Kooperationsprojekte in der Regel teurer werden. Denn der Kooperationsaufwand ist hoch und die beteiligten Partner melden Sonderwünsche an. Dadurch werden die Lernkosten größerer Stückzahlen wieder zunichtegemacht.

## Das Pferd von hinten aufgezäumt

Die Tatsache, dass in allen europäischen Nato-Ländern heute mehr Ressourcen für Rüstungsbeschaffung zur Verfügung stehen, hat die Probleme eher noch verschärft. Die Auftragslage der Industrie hat sich dramatisch verbessert und die Branche hat Aufwind. Alle wollen ein Stück vom größeren Kuchen ergattern. Entsprechend groß ist das Selbstbewusstsein der Rüstungsfirmen, das aber längst nicht immer durch deren Leistungsfähigkeit gedeckt ist, wie die Pannen bei vielen Großprojekten zeigen. Haushaltspolitiker klagen über die unverfroren vorgetragenen überhöhten Rüstungspreise.

Mit der drastischen Erhöhung des Rüstungsetats ist weder etwas über die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte ausgesagt noch etwas über die Bedrohungen, die durch die Rüstung abgewehrt werden sollen. Eine durchdachte Sicherheitspolitik müsste umgekehrt vorgehen: Ihr Ausgangspunkt müsste die Analyse der Bedrohung sein. Erst aus dieser Bewertung ergäbe sich ein schlüssiges Bild, wie viele Finanzmittel tatsächlich erforderlich sind. Jetzt wird das Pferd von hinten aufgezäumt. Die Rüstungsbeschaffung folgt der fraglichen Methode »Mehr ist besser!«,

und das Streben, möglichst bald 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Streitkräfte auszugeben, ist »ein Tanz ums goldene Kalb«.

Ist es angesichts des Verlaufes des Krieges in der Ukraine eine realistische Einschätzung, dass Russland die Nato angreifen könnte oder würde? Der Schock über den russischen Angriff und damit das Ende einer, wenn auch fragilen Sicherheitsordnung in Europa hat offensichtlich zu einer Verteidigungspolitik im Krisenmodus geführt.

Die allenthalben geäußerte Feststellung, Europa habe in den letzten Jahrzehnten zu wenig Finanzmittel für die eigene Verteidigung bereitgestellt, wird auf jeden Fall durch ständige Wiederholung nicht richtiger. Es ist eine faktenfreie Aussage. Für das letzte Jahrzehnt gaben die europäischen Nato-Länder plus Kanada 3,785 Billionen US-Dollar aus. Dass angesichts dieser gewaltigen Summe angeblich keine adäquaten militärischen Fähigkeiten existieren, liegt – wenn es denn stimmen sollte – darin begründet, dass viel Geld für fragwürdige Großprojekte ausgegeben wurde und die Rüstungsindustrie sich im großen Stil staatlich alimentieren ließ.

## RÜSTUNGSPROJEKTE

Seit der »Zeitenwende« will Deutschland noch mehr Geld für das Militär ausgeben als in der Vergangenheit. Dabei waren es schon 2020, also vor dem Ukraine-Krieg, stattliche 45 Milliarden jährlich. Für 2030 werden jetzt 180 Milliarden angepeilt. Erklärt werden muss das natürlich auch mit dem Interesse, den deutschen Konzernen in Anbetracht einer kriselnden Autoindustrie neue Geschäftsfelder zu erschließen. Allerdings werden dabei offenbar gewaltige Summen verschleudert. **Herbert Wulf** ist emeritierter Professor für Friedens- und Konfliktforschung. Er leitete das Bonn International Center for Conflict Studies (BICC) und forschte am Stockholm International Peace Research Institute (Sipri).